

MODERNE ENERGIEVERSORGUNG WIRD REALITÄT

Deutschland geht voran

Die Weichen für einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien sind gestellt. Seitdem Mitte März verheerende Naturkatastrophen in Japan auch ein Kernkraftwerk schwer beschädigt hatten, überarbeiteten die Volksvertreter der bürgerlichen Koalition ihr Konzept für die Energieversorgung der Zukunft. Nach weniger als drei Monaten schlug die unionsgeführte Bundesregierung nun Änderungen an acht wichtigen Gesetzen vor. Alle Maßnahmen dienen dem gemeinsamen Ziel einer verlässlichen und wirtschaftlichen Energieversorgung, die außerdem dem Umweltschutz gerecht wird.

Älteste Meiler bleiben für immer vom Netz

Damit knüpft die unionsgeführte Bundesregierung an das Energiekonzept an, das sie im vergangenen Herbst vorgelegt hatte. Bereits damals hatte sie die Kernenergie zur Brückentechnologie erklärt und klar auf eine regenerative Energieversorgung gesetzt. Das Unglück von Fukushima brachte aber neue Erkenntnisse über die Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit sich. Die schrecklichen Ereignisse machten unter anderem deutlich, dass ein Reaktorunfall selbst in einem hochentwickelten Industrieland Realität werden kann. In einer vielbeachteten Rede vor dem Deutschen Bundestag bekannte am Donnerstag auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert“.

Die unionsgeführte Bundesregierung hatte bereits im März die ältesten Kernkraftwerke vom Netz genommen, um eine intensive Sicherheitsüberprüfung vorzunehmen. Insgesamt acht Reaktoren bleiben nach der Entscheidung der bürgerlichen Koalition dauerhaft abgeschaltet. Die restlichen Kraftwerke werden schrittweise stillgelegt, bis Ende 2022 die letzten Meiler vom Netz genommen werden. Mit dieser mutigen und kraftvollen Entscheidung folgt die Bundesregierung den Empfehlungen der von ihr eingesetzten Ethikkommission. Auch die Wissenschaftler und die Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft in der Ethikkommission hatten einen so zügigen Ausstieg aus der Kernenergie befürwortet.

Realistischer Weg statt Symbolpolitik

Im Gegensatz zum sogenannten Atomausstieg der Regierung Schröder gibt die bürgerliche Koalition klare Abschaltzeiten vor. Damit schafft die unionsgeführte Bundesregierung Planungssicherheit – auch für Investoren, die weitere regenerative Energieprojekte auf den Weg bringen wollen. Ebenfalls im Gegensatz zu Rot-Grün hat die christlich-liberale Koalition einen klaren Fahrplan für den Umstieg erarbeitet. Darin spielen auch die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen eine wichtige Rolle. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet Dr. Peter Ramsauer, der als Bauminister oberster Bauherr des Bundes ist. Er sicherte zu, dass die Bundesregierung bei Neubauten und Sanierungen ihrer Gebäude vorbildlich agieren werde.

KOALITION BESCHLEUNIGT UMSTIEG

Blick in die Zukunft

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien gewiesen. Schritt für Schritt erläuterte sie den von der unionsgeführten Bundesregierung beschlossenen beschleunigten Umstieg. Dabei betonte Frau Merkel, wie umfassend das Regierungskonzept für die Energieversorgung von morgen sei. Am Montag hatte die Koalition die Grundlage für einen breiten Wandel der deutschen Energiepolitik gelegt. Demnach werden bereits in neun Jahren 35 Prozent des Stromverbrauchs aus regenerativen Energiequellen stammen.

Genehmigungsverfahren für Offshore-Windanlagen verkürzt

Frau Merkel übte scharfe Kritik an der verantwortungslosen Blockadehaltung der Opposition. Wer für die Erneuerbaren Energien eintrete, könne nicht „eine Protestaktion gegen den Netzausbau nach der anderen starten“. Die christlich-liberale Koalition handelt – im Gegensatz zum oppositionellen Linksbündnis, dessen sogenannter Atomausstieg den notwendigen Umstieg auf regenerative Energien nicht vorbereitete. So erarbeitete Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer einen Gesetzentwurf, der das Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen auf dem Meer vereinfacht.

Auch die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, forderte eine gemeinsame Kraftanstrengung des ganzen Landes. Zu Beginn ihrer vielbeachteten ersten Rede in ihrem neuen Amt nahm sie die SPD in die Pflicht. Deren Redner konnten keine Mängel in der Energiepolitik der Koalition benennen und mussten sich daher damit begnügen, an Grabenkämpfe aus dem vorletzten Jahrzehnt anzuknüpfen. „Wir brauchen aber den Blick in die Zukunft“, setzte Frau Hasselfeldt dem entgegen.

Gerda Hasselfeldt: Expertenwissen und Bürgeranliegen vereinbart

Die Landesgruppen-Vorsitzende hob hervor, wie gut es Union und FDP gelungen sei, verschiedene Sichtweisen, Expertenwissen und die Meinung der Bürger miteinander zu bündeln. Man habe wirklich ergebnisoffen um die beste Lösung gerungen. Auch die Entscheidung über das endgültige Ausstiegsdatum sei erst am Schluss, nach Abwägung aller maßgeblichen Fakten, getroffen worden. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe ließ keinen Zweifel daran, dass das energiepolitische Konzept der Koalition tragfähig ist. Substanzlosen Energie-Ideologien erteilte Frau Hasselfeldt dagegen eine klare Absage. Stattdessen erinnerte sie daran, dass die Regierung nicht nur für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung verantwortlich sei. Vielmehr müssten auch die Kategorien der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit bedacht werden: „Die Energie ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Wir können uns keinen Blackout leisten.“